

## **IHK-Generalversammlung, 15. Juni 2011**

Ansprache Dr. Kurt Weigelt, IHK-Direktor

### Es gilt das gesprochene Wort

Liebe IHK-Mitglieder, geschätzte Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren

Vor einigen Wochen hat die Stimmbevölkerung der Stadt St.Gallen eine Vorlage zur Neugestaltung des Marktplatzes verworfen. Dies, obwohl alle grossen Parteien und Verkehrsverbände von links bis rechts die Vorlage unterstützt hatten. Als Inhaber eines Einzelhandelsgeschäftes im Stadtzentrum und als ehemaliger Geschäftsführer der Innenstadtorganisation der Stadt St.Gallen habe ich mich über Jahre hinweg für dieses Projekt engagiert. Dazu gehörte in den letzten Wochen auch der Abstimmungskampf auf der Strasse. Dabei machte ich eine interessante Erfahrung. Entgegen meinen Erwartungen waren es nicht in erster Linie der Ersatz der oberirdischen Parkplätze durch eine Tiefgarage, der Abbruch der von Calatrava entworfenen Bushaltestelle oder die neue Markthalle, die Anlass zu Diskussionen gaben. Vielmehr spürte ich insbesondere bei Bürgerinnen und Bürgern, die schon lange in St.Gallen wohnen, ein diffuses Unbehagen gegenüber der angestrebten Veränderung. Man war nicht gewillt, das Vertraute gegen etwas Neues einzutauschen. Trotz offensichtlicher Mängel wurde die mit dem Bestehenden verbundene Gewissheit stärker gewichtet als die Chancen einer neuen Lösung. Man entschied sich für den Stillstand.

Möglicherweise sind wir mit unserem Projekt an einer Stimmung gescheitert, die weit über die Stadt St.Gallen und die Frage einer Platzgestaltung hinausgeht. Der Angst vor der Veränderung. Unsere Gesellschaft befindet sich seit dem Ende des Kalten Krieges in einem Umbruch, der meines Erachtens historische Dimensionen hat. Mit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 und der gleichzeitigen Entwicklung des world wide web veränderten sich in den vergangenen zwanzig Jahren die Koordinaten der Weltwirtschaft fundamental. Die Schwellenländer haben in

ihrem prozentualen Anteil am weltweiten Bruttoinlandprodukt Westeuropa und die USA überholt. Und diese Schere wird sich weiter öffnen. Macht, Wohlstand und Ressourcen verschieben sich von Westen nach Osten. Grosse Teile der Bevölkerung der westlichen Welt erleben diesen Wandel als Bedrohung, als Verlust an Sicherheit. Die latente Angst vor künftigen Veränderungen verwehrt den Blick auf die Errungenschaften und Chancen einer globalisierten Gesellschaft. Beispielhaft erleben wir dies derzeit an den öffentlichen Diskussionen zur Personenfreizügigkeit.

Blicken wir zurück. Die neunziger Jahre waren in der Schweiz eine Phase der wirtschaftlichen Stagnation. Dies änderte sich mit dem Abschluss der bilateralen Verträge und der Einführung der Personenfreizügigkeit. Heute gehört die Schweiz zu den wenigen Standorten weltweit, die wirklich Teil der globalen Wirtschaft sind. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit wurden rund 300'000 neue Stellen geschaffen, mit unserer tiefen Arbeitslosenquote nehmen wir eine Sonderstellung ein. 60% der Einwanderer verfügen über eine höhere berufliche Qualifikation, dies im Gegensatz zu früher, als 80% niedrig qualifiziert waren. Davon profitieren nicht nur unsere Unternehmen, sondern im besonderen Masse unsere Sozialwerke. Nur, verfolgt man die aktuelle politische Diskussion in unseren Medien, dann findet man keine Begeisterung für unsere dynamische Wirtschaft, sondern eine Krisendiskussion zu den Nachteilen der Personenfreizügigkeit. Linke und rechte Polparteien instrumentalisieren die Verunsicherung der Bevölkerung und konstruieren aus einer Erfolgsgeschichte den Niedergang der Schweiz.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Wo die Sonne scheint, fällt auch Schatten. Dazu gehören die immer wieder beschworenen verstopften Strassen, überfüllten Züge und teuren Wohnungen in unseren Metropolitanregionen. Allerdings wird dabei übersehen, dass in diesem Zusammenhang die Herausforderung nicht in erster Linie in der Einwanderung an sich, sondern in einer wirtschaftlichen Entwicklung liegt, die sich auf einige wenige Regionen konzentriert. Unsere heutige Generalversammlung findet in einer Region statt, von der man mit dem Zug in gut einer Stunde im Hauptbahnhof von Zürich ist. Und trotzdem, von Einwanderungsdruck kann hier keine Rede sein. Im Gegenteil. Seit 1994 nimmt die Zahl der Bewohner im Toggenburg ab. Nicht die Schweiz platzt aus allen Nähten, sondern einige wenige Regionen, die in besonderem Masse von Standortvorteilen und staatlichen Investitionen in die Bildungs- und Verkehrsinfrastruktur profitieren. Eine politische Diskussion, die die Schwierigkeiten der Metropolitanregionen allgemeinverbindlich erklären und daraus Massnahmen für die ganze Schweiz ableiten will, trifft möglicherweise den Nerv der Zeit. Mit den Interessen der Ostschweiz hat sie aber nichts zu tun. Unsere Herausforderungen liegen nicht im Zürcher Seefeld oder am Ufer des Genfersees, sondern in den beiden Appenzell und im Kanton St.Gallen. Die Probleme

überfüllter Züge und explodierender Mieten in Zürich, Lausanne und Genf können nicht mit einem Raumkonzept gelöst werden, das die künftigen Investitionen in die Infrastruktur auf diese bereits heute überforderten Regionen konzentriert. Weit intelligenter ist es, wenn die Arbeitsplätze zu den Menschen kommen und diese dort arbeiten können, wo die Lebensqualität besonderes hoch ist. Zum Beispiel in der Ostschweiz und ganz besonders hier im Toggenburg. Der Weg zu einer nachhaltigen Bewältigung des Wachstums führt nicht über die Abschottung gegenüber dem Ausland, sondern über eine Politik, die unsere Randregionen stärkt.

Vergleichbare Spiegelgefechte werden auch im Bereich des sogenannten Lohndumpings ausgefochten. Bei Einführung der Personenfreizügigkeit befürchtete man einen allgemeinen Lohndruck. Um dieser Gefahr zu begegnen, verabschiedete man die flankierenden Massnahmen. Diese geben den Kantonen und dem Bund die Möglichkeit, bei wiederholt missbräuchlichen Lohnunterbietungen zeitlich und örtlich begrenzt Mindestlöhne einzuführen. Als Mitglied der tripartiten Kommission des Kantons St.Gallen bin ich Teil dieser Arbeitsmarktkontrolle. Im Jahre 2010 wurden im Kanton St.Gallen 475 in- und ausländische Betriebe und 1628 Personen und 225 selbständige Dienstleistungserbringende aus dem Ausland überprüft. 88 Arbeitsverhältnisse wurden als kritisch beurteilt, in allen Fällen jedoch nach Verständigungsgesprächen die Differenzen bereinigt. Bis heute konnten im Kanton St.Gallen in keiner Branche wiederholt missbräuchliche tiefe Löhne festgestellt werden. Im Gegenteil, seit Einführung der Personenfreizügigkeit sind in der ganzen Schweiz in allen Berufen und auf allen Funktionsstufen die Löhne gestiegen.

Etwas kritischer sieht die Angelegenheit einzig bei Branchen aus, die durch Arbeitsmarktkartelle in Form allgemeinverbindlich erklärter Gesamtarbeitsverträge gesteuert werden. Insbesondere in der Baunebenbranche trifft man auf Entsendebetriebe, die versuchen, über die Scheinselbständigkeit die gesetzlichen Auflagen zu unterlaufen. Allerdings ist auch dieses Problem, das medial als eigentlicher Lohndumping-Tsunami dargestellt wird, zu relativieren. Gemäss Berechnungen des Staatssekretariates für Wirtschaft kommt auf 1400 vollzeitäquivalente Beschäftigte 1 Arbeitsverhältnis mit Verdacht auf Scheinselbständigkeit. Hier und nur hier sind verstärkte Kontrollen notwendig. Was die Schweiz aber definitiv nicht braucht, sind die weitere Verstaatlichung des Arbeitsmarktes über Mindestlöhne, der Ausbau des Kündigungsschutzes oder 6 Wochen Zwangsferien für alle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht nur bei Volksabstimmungen, sondern auch im Vorfeld von Wahlen gilt, dass sich negative Emotionen wie Neid, Missgunst und Angst einfacher kommunizieren und unzufriedene Bürger einfacher mobilisieren lassen. Gemeinsame Feindbilder

helfen über die eigene Verunsicherung hinweg, sind aber ein schlechter Ratgeber. Eine Politik der Symbole, die Suche nach Sündenböcken, eine Denkmittel-Kultur befriedigt möglicherweise die Gefühle, löst aber keine Probleme. Und exakt hier liegt die Herausforderung.

Verantwortungsvolles Handeln lebt nicht von der Wut auf Veränderungen, sondern vom Mut, sich diesen Veränderungen zu stellen und Lösungen für die Zukunft zu finden. Es gilt, Mut statt Wut.

Als Verband von Unternehmen und Unternehmern sind wir es gewohnt, gesellschaftlichen Herausforderungen offensiv zu begegnen, Chancen wahrzunehmen und Lösungen zu suchen. Wir machen nicht die Faust im Sack, sondern stellen uns der Auseinandersetzung. Diesen Mut zeigen wir, indem wir Themen auf die politische Agenda setzen, die sich nicht auf einfache Schlagzeilen und emotionale Bilder reduzieren lassen. Ich erinnere an das von uns präsentierte sozialpolitische Drei-Säulen-Konzept, das Modell der Funktionskantone oder den Tempotarif. Unser Ziel ist es, für diejenigen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen Lösungen zu erarbeiten, die für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft von grundlegender Bedeutung sind. Uns interessieren nicht die nächste Umfrage des Schweizer Fernsehens oder die Titelseiten der Sonntagszeitungen, sondern uns interessiert die langfristige Sicherstellung wettbewerbsfähiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen.

Dabei kämpfen wir nicht aus der Deckung heraus, sondern stellen uns bei Abstimmungen und mit unserer IHK-Arena der politischen Auseinandersetzung. Dies trifft auch auf die bevorstehenden Nationalratswahlen zu. Gemeinsam mit 28 weiteren Kandidatinnen und Kandidaten der verschiedenen bürgerlichen Parteien vertrete ich im Wahlkampf die Interessen der Ostschweizer Wirtschaft. Grundlage unseres überparteilichen Teams sind nicht parteitaktische Überlegungen, sondern die in unserer IHK-Wahlcharta definierten politischen Zielsetzungen. Wir alle freuen uns auf den Wahlkampf und sind bereit, Mut zu zeigen, wenn es darum geht, sich für unsere Unternehmen, unsere Arbeitsplätze und die Zukunft der Ostschweiz zu exponieren. Entscheidend sind aber nicht die Kandidierenden, sondern Sie als Wähler und Multiplikatoren. Wir sind auf Ihr Wohlwollen und Ihre Unterstützung angewiesen. Dafür bedanke ich mich im Namen aller von der IHK unterstützten Kandidatinnen und Kandidaten. Nun darf ich das Wort an Konrad Hummler zurück geben, der Ihnen die Wahlempfehlung der IHK vorstellt.